

Frontalangriff auf die Kesb - "Stasi"-Rhetorik der Zürcher SVP am Pranger

Artikel von Dorothee Vögeli, Neue Zürcher Zeitung, 8. Januar 2015

URL: <http://www.nzz.ch/zuerich/region/stasi-rhetorik-der-zuercher-svp-am-pranger-1.18457352>

(Stand: 10. Januar 2015)

Neue Zürcher Zeitung

Frontalangriff auf die Kesb

«Stasi»-Rhetorik der Zürcher SVP am Pranger

Dorothee Vögeli 8.1.2015, 19:40 Uhr



*Der Sitz der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde des Bezirks Winterthur.
(Bild: Christoph Ruckstuhl / NZZ)*

Unter dem Titel «Wer stoppt die Stasi-Behörde Kesb?» fordert die SVP des Kantons Zürich, dass die für den «Fall Flaach» zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde keine Fälle mehr bearbeiten darf. Die Empörung eint die politischen Lager.

Der Titel der kurzfristig angesetzten Pressekonferenz der Zürcher SVP ist laut Kantonalpräsident Alfred Heer bewusst so gesetzt. «Wer stoppt die Stasi-Behörde Kesb?» sei keine Provokation, hat er am Donnerstag vor den Medien gesagt. Würden den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden keine Grenzen gesetzt, bewege sich die Schweiz in Richtung Totalitarismus. Konkret fordert die SVP, dass die für den «Fall Flaach» zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Winterthur-Andelfingen keine Fälle mehr bearbeiten darf. Die Justizdirektion sprach der angeschossenen Kesb

am Donnerstag umgehend das Vertrauen aus und lehnte die Forderung der SVP ab. Es gelte die angeforderten Berichte abzuwarten, schreibt sie in einer Medienmitteilung.

«Unsägliches Gesetz»

Der Zusammenhang des angebrochenen Wahljahrs und der öffentlichen Darlegung der Position der SVP, die wieder bei den früheren Laienbehörden anknüpfen wolle, sei rein zufällig, die Thematik habe sich aufgedrängt, beteuerte Heer. Er räumte ein, dass auch er damals im Nationalrat für die Professionalisierung des Vormundschaftswesens gestimmt habe. Aufgrund der Praxis gelte es nun jedoch, «dieses unsägliche Gesetz» zu korrigieren. Denn die Kesb würde wie in der damaligen DDR Massnahmen im Erwachsenen- und Kinderbereich anordnen und durchsetzen. Wie die Stasi beginne die Kesb mit Abklärungen aufgrund einer Meldung, die jede Person überbringen könne. Wie in der DDR sei das Wohl des Menschen und der Allgemeinheit das Ziel.

Den einzigen Unterschied sieht Heer darin, dass die «heutigen Sozialisten dazu private Sozialarbeiterfirmen und Heime mit der Korrektur des vom Karren gefallenen Menschen beglücken». In den kommenden Wochen will nun die SVP die «Kesb-Personen» auf ihr Parteibuch und auf ihre frühere berufliche Tätigkeit hin «durchleuchten», wie er ankündigte. Auch Theres Schläpfer, SVP-Gemeindepräsidentin von Hagenbuch, sowie SVP-Fraktions-Präsident Jürg Trachsel und Kantonsratskollege Claudio Schmid kritisierten die Machtposition der Kesb, deren Entscheide autoritärer und teurer seien als diejenigen der früheren Laienbehörden.

Mit deutlichen Worten kommentieren politische Vertreter aller Couleur die Stasi-Rhetorik der SVP. FDP-Fraktions-Präsident Thomas Vogel bezeichnet sie als «völlig deplaciert». Die SVP missbrauche den «Fall Flaach» für politische Zwecke, lautet seine persönliche Meinung. Über Kostenverteilung, Ausgestaltung, Kompetenzen und Kommunikation der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden müsse man reden – aber auf konstruktivem Weg. Als Vertreter einer Partei, die auf Selbstverantwortung poche, wehre er sich entschieden dagegen, nach einem erschütternden Ereignis aufgrund von Halbwissen sofort Schuldige zu identifizieren. Zweifellos müsse der «Fall Flaach» nun genau analysiert werden, die Justizdirektion fordere deshalb entsprechende Berichte ein. Ob aber eine kommunale Laienbehörde zwingend besser entschieden hätte, kann laut Vogel kein Mensch wissen. Zu bezweifeln ist seines Erachtens auch, ob ein Pikettdienst, wie ihn die SP fordern will, die Tat verhindert hätte: «Den Entscheid, die Kinder ins Heim zurückbringen zu müssen, hätte auch ein Pikettdienst nicht umstossen können. Zudem wurde er ja von der Anwältin kommuniziert.» Vogel warnt deshalb vor Aktivismus von links wie rechts und plädiert für eine vom «Fall Flaach» unabhängige Analyse.

«Übelste Demagogie»

Vogels Haltung teilt FDP-Kantonalpräsident Beat Walti. Aufgrund von blossen Hypothesen eine Behörde zu beschuldigen, bezeichnet er als «primitiv». Auf das bürgerliche Bündnis von SVP, FDP und CVP, die bei den Regierungswahlen ihre Kandidaten gegenseitig unterstützen, habe das Getöse der SVP jedoch keinen Einfluss. CVP-Kantonalpräsidentin Nicole Barandun sieht die bürgerliche

Zusammenarbeit bei den Wahlen deshalb ebenfalls nicht gefährdet. «Eine pointierte Parteipolitik muss möglich sein, wir nehmen uns aber auch Kritik heraus.» Diese ist deutlich: «Mit dem Stasi-Vergleich hat die SVP eine Grenze überschritten.» Barandun spricht von einem «Fauxpas», den sich eine Partei in der momentan aufgeheizten Stimmung nicht erlauben dürfte. Gelassenheit sei nötig, um über Verbesserungen zu diskutieren. Auch GLP-Kantonalpräsident Thomas Maier verurteilt Versuche, den Einzelfall aus Flaach politisch auszuschlachten – unabhängig davon, aus welchem politischen Lager sie stammen. Denn sie verunmöglichen echte Lösungen, wie er festhält.

Von einer erschreckenden Tonalität, die mit der Realität nichts zu tun habe, spricht SP-Kantonalpräsident Daniel Frei. Und die Grünen bezeichnen die Stasi-Vorwürfe als «übelste Demagogie» zulasten der Kesb. Bundesrat Blocher habe 2006 das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht initiiert. Nun demontiere die eigene Partei die vor kurzem geschaffenen Strukturen.

Mehr zum Thema

- [Zürcher SVP verliert Contenance](#)
[Völlig unnötige Treibjagd](#)
9.1.2015, 08:11 Uhr
- [Gastkommentar zum Fall Flaach](#)
[Nach der tragischen Kindstötung entlädt sich der Volkszorn](#)
8.1.2015, 05:00 Uhr
- [Polizei ermittelt wegen Drohung](#)
[Die Stunde der Wutbürger](#)
7.1.2015, 05:30 Uhr
- [Kesb-Berater Christoph Häfeli zum Fall Flaach](#)
[«Unsorgfältig kommuniziert»](#)
6.1.2015, 21:48 Uhr